



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/1

Hannover, 3. Januar 1949

Jalta des Westens

=====  
Von Friedrich Stämpfer

Die Londoner Konferenz, die zum Abschluss des Sechsmächte-Abkommens über die Ruhr geführt hat, ist ein westliches Gegenstück zur Konferenz von Jalta, auf der der kranke Roosevelt durch ein Übermass von Konzessionen die gegenwärtige Machtstellung Russlands mitgeschaffen und, ohne es zu wissen und zu wollen, die Gefahr eines dritten Weltkrieges heraufbeschworen hat. Roosevelt handelte unter der Zwangsvorstellung, dass die Hilfe Russlands im Endkampf gegen das Hitler-Reich unentbehrlich sei. Um das Leben der amerikanischen Soldaten zu schonen, war er bereit, alle imperialistischen Wünsche Russlands zu befriedigen.

Jetzt sucht Amerika eine Koalition nicht gegen Deutschland, sondern zum Schutz gegen die russische Expansion und hält Frankreich für ein ebenso unentbehrliches Glied dieser neuen Koalition wie einst Russland der alten. Die Folge ist, dass Frankreich in London mit seinen Forderungen ebenso glatt durchgedrungen ist, wie Russland mit seinen in Jalta.

So lange dieses neue Abkommen in Kraft bleibt, bleibt ein einiges, auf Freiheit und gleiches Recht aufgebautes Europa ein schöner Traum. So lange dieses Abkommen in Kraft bleibt, gibt es kein Deutschland und nicht einmal ein Westdeutschland als einen wirklichen Staat. Deutschland bleibt politisches Niemands- und Jedermannsland, ein ohnmächtiges Streitobjekt zwischen rivalisierenden Mächten. Die Existenz solcher Streitobjekte hat aber noch niemals dem Frieden gedient, sie ist immer die Ursache neuer Kriege gewesen.

Amerika, England, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Holland erklären sich für alle absehbare Zeit als die Herren der deutschen Schlüsselindustrie. Sie wollen gemeinsam bestimmen, was Deutschland an Kohle und Stahl behalten darf und was es exportieren muss. Sie versichern, dass sie die Vollmachten, die sie sich genommen haben, gerecht und wohlwollend ausüben wollen, und es ist sogar möglich, dass sie das tun werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass sie entscheiden werden, wieviel Licht die Deutschen brennen, wie warm sie ihre Stuben halten dürfen und wieviel Kraftstrom da sein wird, um deutsche Maschinen zu treiben. Es ist leicht, sich an den Fingern auszurechnen, wieviel Macht einer künftigen westdeutschen Regierung bleiben wird.

Das Ruhrabkommen bringt Westdeutschland in dasselbe Abhängigkeitsverhältnis zum Westen, in dem sich Ostdeutschland Russland gegenüber befindet, und es bildet für den Abschluss eines Friedensvertrages ein nicht geringeres Hindernis als die Oder-Weisse-Grenze. Man kann sich, - was hat man nicht schon erlebt! - man kann sich vorstellen, dass die Westmächte ihren Einspruch gegen die Oder-Weisse-Grenze aufgeben und dass Russland dafür seinen Anspruch auf Mitentscheidung an der Ruhr aufgibt. Das wäre sozusagen ein diplomatisches Geschäft. Aber wer kann sich eine deutsche Regierung vorstellen, die durch ihre Unterschrift die Oder-Weisse-Grenze und das Ruhrabkommen bestätigt?

Es bleibt die Hoffnung, die einzige Hoffnung, dass dieses Abkommen, das einer wirklichen oder vermeintlichen diplomatischen Notlage entsprungen ist, ein ebenso kurzes Dasein haben wird wie manche andere Abkommen auch. Warum sollte es ernster genommen werden müssen als der Beschluss von Potsdam, Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln, oder die Atlantik-Charta, die Siegern und Besiegten gleichberechtigten Zugang zu allen Rohstoffquellen der Welt verspricht, nicht aber einseitig den Siegern den Zugang zu den Rohstoffquellen des Besiegten? Je früher dieses Abkommen seine Geltung verliert, desto besser wird es für die Sache des europäischen Friedens, besonders auch für das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, das nur durch die Anerkennung des gleichen Rechts beider Völker völlig entgiftet werden kann.

Es kann nicht ausbleiben, dass man uns deutsche Sozialdemokraten, weil wir das Ruhrabkommen klar und unzweideutig ablehnen, im Ausland des Nationalismus bezichtigen wird. So ist es auch jenen sozialdemokratischen deutschen Emigranten gegangen, die als die ersten gegen das Abkommen von Jalta ihre Stimme erhoben. Heute aber gibt es wenige in Amerika, die in ihrer Kritik an Jalta hinter jenen ersten Stimmen zurückbleiben. Im Osten nennt man uns Nationalisten, weil wir nicht einsehen können, dass Königsberg russisch sein muss, Breslau und Stettin polnisch sein müssen und dass die Austreibung der Deutschen aus jenen Gegenden ein Akt edler Gerechtigkeit war. Man mag uns im Westen Nationalisten nennen, weil wir eine sozialistische Ruhr wollen und nicht eine international-kapitalistische und weil wir meinen, die Menschen, die an der Ruhr graben, hätten auch ein Recht mit zu entscheiden, was mit den Produkten ihrer Arbeit geschieht. Wir wären schlechte Demokraten, wenn wir aus Angst vor ungerechten Anklagen die Menschenrechte unseres Volkes preisgaben oder verschweigen wollten, was nach unserer Überzeugung die Wahrheit ist. Die Wahrheit über das Jalta des Ostens hat sich durchgesetzt. Die Wahrheit über das Jalta des Westens wird sich auch durchsetzen.

### Untergrundbewegungen hinter dem Eisernen Vorhang

Von unserem ständigen Mitarbeiter für osteuropäische Fragen

sp. In der Dezemberausgabe der litauischen Zeitschrift "Sowjet Lithuania" stellt der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Litauens in einem Überblick über die gegenwärtige Lage fest, dass in der Republik eine Widerstandsbewegung niedergeschlagen worden sei, die gegen die Einrichtung der Kolchosen gekämpft habe. Der Sekretär fordert seine Parteigliedern auf, alles zu tun, um auch die Reste dieser Untergrundbewegung zu vernichten. Diese Nachricht wird manchen überraschen, der da geglaubt hat, die Allmacht des MWD mache jede oppositionelle Haltung der Sowjetunion unmöglich.

Schon die Angehörigen der deutschen Wehrmacht waren nicht wenig überrascht, als sich während des Krieges in der Sowjetunion Partisanen bei ihnen meldeten, die nachweisen konnten, dass sie seit vielen Jahren in unwegsamen Wäldern Nordrusslands, Kareliens oder in der Ukraine gegen die sowjetischen Behörden kämpften. Es waren das nicht immer reine Idealisten, auch so mancher Kriminelle zog den freien Aufenthalt in den Wäldern dem in den Zwangsarbeitslagern vor. Lebensmittel und anderes Notwendige erhielten sie von Gesinnungsgenossen in den Dörfern oder holten sie selbst von den Feldern. Den Rest brachten gelegentliche Überfälle auf Transporte jeder Art. Waffen und Munition stammten zum Teil noch aus dem ersten Weltkrieg. Eine grössere Organisation oder einheitliche Führung mehrerer solcher Partisaneneinheiten gab es nicht.

Was jetzt an Untergrundbewegungen in der Sowjetunion oder deren Satellitenstaaten existiert, ist grösstenteils eine Fortsetzung der ehemaligen Widerstandsorganisationen während der deutschen Besetzung. Das nationale Element steht im Vordergrund. In der Sowjetunion stehen die Partisanen in der Ukraine hinsichtlich ihrer Stärke und Bedeutung an erster Stelle. Die alten Banden "Taras Bulba", "Banda" usw. erhielten nach dem Rückzug der Deutschen besonderen Auftrieb durch Ukrainer, die durch die neue Grenze mit Polen zur Sowjetunion gekommen sind und die sich mit dieser neuen Herrschaft nicht so ohne weiteres abfinden wollen. Ihre Tätigkeit zwang die Sowjetunion im letzten Frühjahr zum Einsatz von Militär, ohne dass es ihr jedoch gelang, sie zu vernichten, wie vom Vorsitzenden des ukrainischen Ministerrats damals zu gegeben werden musste. Partisanengruppen gibt es ausserdem nicht nur in Litauen, sondern in allen drei Baltischen Staaten, wobei die estnischen am fanatischsten sein dürften.

In Polen wird die illegale Widerstandsbewegung von zwei Gruppen, der "WRN" (Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit) und der "Roman" getragen. Die Stärke und Bedeutung dieser Organisation

3. Januar 1948

wurde bekannt, als Anfang November v. Js. einige Führer der WRN vor ein Sondergericht in Warschau gestellt wurden. Der illegale Kampf gegen die Regierung in Ungarn wird hauptsächlich von ehemaligen Angehörigen der Bauernbewegung geführt. Bauern sind auch die Hauptträger der Widerstandsbewegung in Rumänien und Bulgarien. Landreform und die als Damoklesschwert über ihnen schwebende Kollektivierung nach sowjetischem Muster haben sie zu fanatischen Gegnern des Systems gemacht. In den Bergen Jugoslawiens halten sich Partisanen auf nationaler Grundlage. Besonders tun sich darin die Kroaten und Montenegriner hervor. Und der Kampf des Kominform gegen Tito hat ihrer Hoffnung auf einen Umschwung im Lande neue Nahrung gegeben, denn sie sind der Ansicht, dass Jugoslawiens Anschluss an den Westen nur über einen Systemwechsel im Innern möglich sein wird.

Über die Stärke der einzelnen Untergrundbewegungen lassen sich natürlich keine genaueren Angaben machen. Sie dürften nicht zu gering sein, weil sie von den betreffenden Regierungen nicht mehr verheimlicht werden können. Sie dürften aber kaum so stark sein, dass sie die Schlagkraft der Roten Armee fühlbar beeinträchtigen. Die Zuverlässigkeit der Satelliten im Kriegsfall wird dadurch allerdings herabgesetzt. (b/B:14/3112/2/he)

#### -----

#### Kulturkampf unter französischem Vorzeichen

sp. Anlässlich der Wahlen zum Landtag von Rheinland-Pfalz im Jahre 1947 wurden gleichzeitig Schulwahlen durchgeführt, die über die Einführung der Konfessionsschule oder der christlichen Gemeinschaftsschule entscheiden sollten. Der Schulparagraf 36 der Verfassung wurde mit nur dreiprozentiger Mehrheit für die Konfessionsschule angenommen. Zustimmung fand die Konfessionsschule in den Bezirken Trier und Koblenz, während die Landesteile Rheinhessen und Pfalz sich für die Gemeinschaftsschule entschieden. Um überhaupt eine koalitionsfähige Regierung bilden zu können, wurde eine Art Stillhalte-Abkommen abgeschlossen, das an dem bisherigen Status des Schulwesens nichts änderte, so dass in der Pfalz und in Rheinhessen weiterhin Simultanschulen und im nördlichen Rheinland zum Teil Konfessionsschulen bestanden. Die französische Militärregierung erklärte sich damals eindeutig für die weltlichen Schulen.

Anfang Dezember 1948 veröffentlichte das französische Oberkommando eine Anerkennung, wonach der Landesregierung von Rheinland-Pfalz nunmehr freigestellt sei, den Artikel 36 der Verfassung durchzuführen. Diese Wandlung der französischen Militärregierung ist durch eine Kette von Beeinflussungen hervorgerufen worden. Sicher ist, dass der seinerzeitige Besuch des Ausserministers Schuman den Stein

ins Rollen gebracht hat. Schuman hatte den Vertretern der deutschen Geistlichkeit und der CDU hinreichende Unterstützung in ihrem Kampf für die konfessionellen Schulen zugesichert. Der deutsche Text der Anordnung, der vom Generalgouverneur des Landes Rheinland-Pfalz, Hettier de Boislaumont, aufgezeichnet ist, war so zu deuten, als ob die Militärregierung die Durchführung des Schulparagraphen kategorisch fordere. Der amtliche Text der vom Militärgouverneur, General König, erlassenen Bestimmungen enthält aber weiter nichts als eine Empfehlung an den Ministerrat des Staates Rheinland-Pfalz, die notwendigen Vorbereitungen zur Durchführung des Artikels 36 zu treffen. Der Ministerrat soll darüber beraten, ob es im Augenblick zweckmässig sei, die Konfessionsschule im ganzen Lande einzuführen, oder ob diese Frage vom Landtag entschieden werden solle. Zwischen der kategorischen Anordnung des Generalgouverneurs von Rheinland-Pfalz und der Empfehlung des französischen Oberkommandierenden besteht also schon im Ton ein wesentlicher Unterschied. Man weiss, dass innerhalb des französischen Verwaltungsapparates selbst die stärksten Spannungen in der Schulfrage bestehen. Den Generalgouverneur von Rheinland-Pfalz rechnet man nunmehr offen zu der Gruppe der eifrigen Förderer einer CDU-Vorherrschaft, während General König selbst - vielleicht nur aus taktischen Erwägungen - viel lieber sehen würde, wenn das bisherige Stillhalte-Abkommen weiter intakt bliebe. Der Ball, der vom französischen Generalgouverneur dem deutschen Klerus und der CDU zugeworfen wurde, ist von diesen mit beiden Händen aufgefangen worden. Minister Süsterhenn verlangte in dem Parteiorgan der CDU, "Der Westen", die sofortige Durchführung des Artikels 36 ohne besondere Verordnung. Die Landesteile Rheinhessen und die Pfalz, in denen bisher Simultanschulen bestanden, sollen also sofort die neue Form der Konfessionsschule übernehmen.

Wenn - wie erwartet wird - die CDU diesen Kampf um die Einführung der konfessionellen Schulen trotz des Abstimmungsergebnisses des Jahres 1947 rücksichtslos durchführen will, dann muss damit gerechnet werden, dass die entsprechenden Gegenkräfte lebendig werden. Innenminister Steffan (SPD) hat bereits vor dem Ministerrat erklärt, dass die bisherige Koalition zwischen CDU und SPD unweigerlich zerbrechen müsse, wenn die CDU auf der Durchführung des Artikels 36 beharre. (b/3012/2/he) M.

#### Flüchtlinge helfen Flüchtlingen

sp. Ein interessantes Experiment auf dem Gebiet der Flüchtlingsfürsorge wird in diesen Tagen in Niedersachsen eingeleitet. Auf Anregung des Flüchtlingsministers Albertz hat der Landesflüchtlingsrat eine freiwillige Selbsthilfeaktion unter den Flüchtlingen beschlossen. Flüchtlinge wenden sich an Flüchtlinge, Flüchtlinge werden sammeln und Flüchtlinge werden geben. Das letztere je nach finanzieller Leistungskraft bei einem Mindestbeitrag von 50 Pfg. im Monat. Selbstverständlich wendet sich die Aktion durch Rundfunk,

3 Januar 1949

Presse und Plakatierung in erster Linie an jene Flüchtlinge, denen es gelungen ist, sich in der zweiten Heimat eine Existenz aufzubauen. Es ist der Versuch, unbeschadet aller Fürsorge- und Schutzverpflichtungen des Staates in den Flüchtlingen selbst das vorhandene Gemeinschaftsgefühl in eine fruchtbare Bahn zu lenken und durch Eigeninitiative die bisherige Flüchtlingsfürsorge aus der lähmenden Objekt-Psychose zu lösen. Die Flüchtlinge sollen selbst mit angehalten werden, gemeinschaftlich an ihrem Schicksal zu zimmern. Die auf diese Weise zustande gekommenen Beträge fließen wieder an die Flüchtlinge zurück und werden von Flüchtlingsräten dort verteilt, wo die Not am grössten ist. Es ist die erste Aktion solcher Art auf Landesbasis. Kleinere Selbsthilfeeaktionen hat es bereits in Hessen und in Bayern gegeben, aber sie bleiben, wenn auch erfolgversprechend, doch nur auf Bezirke beschränkt. Zum ersten Mal werden hier alle Flüchtlinge eines Landes - es sind in Niedersachsen mehr als 1,5 Millionen - angesprochen.

Minister Albertz, der Initiator der Aktion ist zuversichtlich. "In jeder echten, sozialen und menschlichen Not", so erklärt er hierzu, "ist die Erfahrung gemacht worden, dass die Genossen dieser Not sich am ersten helfen. Das gemeinsame Schicksal hat von immer zu dem besten Verständnis für den Bruder auf den Weg geführt. Die Geschichte der Arbeiterschaft kennt in ihren besten Zeiten solche Beispiele in der Fülle. Die Geschichte des Christentums kennt sie überall dort, wo echte Gemeinde in der Armut oder in der Verfolgung war. Aus diesen Erfahrungen schöpfen wir Mut, nun den Aufbau an die Armen zu richten. Wir müssen zeigen, dass unter uns der Wille zur Selbsthilfe da ist, und wir können dadurch vielleicht am besten die beschämen, die immer noch nicht begriffen haben, dass Besser heute nichts weiter ist, als die Verwaltung eines von der Gemeinschaft dem Einzelnen zur Nutzung anvertrauten Gutes. Entscheidend aber ist, dass die durch eine solche Aktion aufkommenden Mittel völlig selbstständig von denen verwaltet werden sollen, die selbst die Erhaltung der Heimatlosigkeit hinter sich haben. In dem Kuratorium, das die Mittel verwaltet und in die Kreise des Landes verteilt, sitzt nur ein Vertreter des Staates gegenüber acht freien Vertretern der Flüchtlinge."

#### Nationalismus bei uns und bei den anderen

sp. In diesen Tagen einer recht unwilligen und in ihrer Ungeschlossenheit bemerkenswerten deutschen Reaktion auf das Ruhr-Statut erreicht uns der warnende Brief eines Freundes aus Paris. Er schreibt von der gedämpft-pessimistischen Stimmung in diplomatischen Kreisen der Vierten Republik. "Man müsse, dass Washington und London alles unternehmen werden, um den Kommunismus von der Atlantikküste fernzuhalten, und die angelsächsische Abneigung gegen den gaullistischen Nationalismus ist ein weiterer Trumpf der gegenwärtigen Regierung."

An stärksten stütze sich der Quai d'Orsay aber, so heisst es, auf die nationalistischen Strömungen in Deutschland. "Die Fran-

3. Januar 1948

zöische Presse war einmütig in ihrer Überzeugung, dass ohne das ihres Erachtens in den letzten Wochen erfolgte Wiedererwachen des deutschen Nationalismus das neue Londoner Abkommen über die Ruhr nicht so weitgehend den französischen Wünschen entsprochen hätte. Selbst die gaullistischen Zeitungen begrüßten es als unerwarteten Erfolg Frankreichs, dem es mit indirekter deutscher Unterstützung gelungen sei, seine Freunde auf die Notwendigkeit ausreichender Vorichtsmaßnahmen gegen Deutschland zu überzeugen." Am stärksten verstimmen nach diesem Bericht die nationalistischen Rechtsgruppen mit ihren Forderungen nach Kolonien und autoritärer Demokratie. Ihr Symbol sei für die politischen Kreise Frankreichs Otto Strasser, dessen unmögliche Botschaften dieser Tage von dem sehr sachlichen "Figaro" in wörtlicher Übersetzung veröffentlicht wurden.

Noch beunruhigender wirke jedoch das Bestreben der grossen deutschen Parteien, sich gegenseitig in nationalistischer Haltung und Propaganda zu überbieten, wobei die sozialdemokratische Politik wegen ihrer stärkeren zentralistischen Tendenzen noch grösseres Misstrauen erwecke. Besonders in Deutschland positiv gegenüberstehenden Kreisen vermisse man ein klares, vorherrschend europäisches Bekenntnis der deutschen Parteien ebenso wie eine eindeutige Verurteilung aller nationalistischen Tendenzen. Allerdings wird abschliessend bemerkt, dass es auch in Frankreich nicht an mahnenden Stimmen fehle, die eine beschleunigte Eingliederung Deutschlands in die zu langsam Gestalt gewinnende europäische Gemeinschaft fordern, damit dem deutschen Nationalismus endgültig jede Berechtigung genommen würde.

Es ist hier ein europäisches Grundthema angeschlagen. Es werden Forderungen erhoben, die die eine Seite als Gebot der Selbstachtung, die andere als Forderung unumgänglicher Sicherheit deklariert, jede von beiden aber lehnt den anderen Standpunkt ab als überspitzten Nationalismus. Jeder gibt jeder Forderung die eigene Interpretation, dieselbe Sache wird zweifach ausgelegt. Einen Schiedsrichter gibt es nicht. Das europäische Gewissen, das diese Rolle übernehmen sollte, wird nur theoretisch, nicht praktisch erkannt. In jedem Falle ist es aber auch für eine Siegermacht unlogisch, von der Gegenseite ein "vorherrschend europäisches Bekenntnis" und "eine Verurteilung aller nationalistischen Tendenzen" zu verlangen, wenn man selbst eine eigene Bereitschaft dazu vermessen lässt. Vielleicht wird man sagen, der Verlierer habe eine Vorleistung vorzuweisen. Man wird aber diese Vorleistung nicht mit Selbstaufgabe verwechseln dürfen, wenn man nicht die grosse Idee einer europäischen Zusammenarbeit von vornherein ad absurdum führen will.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau